

Antrag

der Abgeordneten Jan Balcke, Erck Rickmers, Andrea Rugbarth, Dorothee Martin, Birte Gutzki-Heitmann, Hansjörg Schmidt, Daniel Gritz, Wolfgang Rose, Arno Münster, Dr. Andreas Dressel, Dirk Kienscherf (SPD) und Fraktion

Betr.: Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Hamburg: Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende durch Schaffung eines Auszubildendenwerks und eines Auszubildendenwohnheims

In Hamburg befinden sich fast 40.000 junge Menschen in einer dualen Berufsausbildung. Die hohen Lebenshaltungs- und insbesondere Mietkosten in Hamburg belasten eine Vielzahl der Auszubildenden in erheblichem Maße. Im Durchschnitt liegt die Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr in Hamburg nach Angaben des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB) bei 614 Euro brutto monatlich (Zahlen aus 2010). Die Ausbildungsvergütungen allein reichen daher häufig nicht aus, die Lebenshaltungskosten zu decken.

Über 40 Prozent der Auszubildenden kommen ursprünglich nicht aus Hamburg. Diese Jugendlichen sind unweigerlich mit hohen Miet- oder Fahrtkosten konfrontiert. Doch auch für Hamburger Jugendliche ist nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Dies betrifft in besonderer Weise die minderjährigen Auszubildenden. Für sie müssen nach dem „Heimrecht“ bei Wohnangeboten begleitende pädagogische Unterstützungsangebote vorgehalten werden.

Zur Lösung dieses Problems hat sich 2008 eine Initiative zur Schaffung eines Auszubildendenwohnheims gebildet. Diese Initiative hat mittlerweile eine umfangreiche Konzeption für ein „Auszubildendenwerk“ in Form einer privaten Stiftung unter Beteiligung der Sozialpartner entwickelt. Die Handelskammer, die Handwerkskammer, die Unternehmerverbände, Gewerkschafter und viele weitere Akteure begrüßen und unterstützen diese Initiative.

Die private Stiftung soll Zustiftungen aus dem Bereich der Wirtschaft und der Stadt Hamburg erhalten. Die Zuschüsse der Wirtschaft sollen sich auf 10 Millionen Euro belaufen, Zusagen über siebenstelligen Beträge aus der Wirtschaft liegen bereits vor. Eine solide Grundfinanzierung im Rahmen des Stiftungskapitals ist notwendig, da die Stiftung ohne regelmäßige staatliche Zuwendungen und ohne Beiträge der Auszubildenden arbeiten soll. Die Schaffung weiterer Wohnheime und eine Ausweitung der Angebote für Auszubildende können dann aus der Stiftung selbst realisiert werden. Bei einem Wegfall des Stiftungszweckes oder einer Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Freie und Hansestadt Hamburg.

Für das erste Auszubildendenwohnheim ist eine zentrale Lage von hoher Bedeutung, da die Ausbildungsbetriebe der Jugendlichen über ganz Hamburg verstreut liegen, die Berufsschulen sich hingegen auf Standorte in zumeist zentraler Lage konzentrieren. Die Initiative hat hierzu bereits ein Gelände in den Blick genommen, das in der Nähe der S-Bahn-Station „Veddel“ liegt und somit die Anforderungen an eine zentrale Lage optimal erfüllen würde. Ein dort entstehendes Auszubildendenwohnheim für junge Menschen würde zudem wesentlich zu einer weiteren Belebung des Stadtteils beitragen.

Neben bezahlbarem Wohnraum wird die Stiftung ein pädagogisches Unterstützungsangebot für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnheime anbieten. Dieses Angebot beinhaltet beispielsweise eine Betreuung der minderjährigen Auszubildenden rund um die Uhr sowie Nachhilfeangebote. Die Pädagoginnen und Pädagogen stimmen sich mit den Berufsschulen und Betrieben ab und helfen so den Auszubildenden, ihre Ausbildungsleistung zu verbessern. Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung an den sozialen Strukturen im Wohnheim werden im Auszubildendenwohnheim ausdrücklich gefördert. Zudem sollen Kooperationen mit Sportvereinen und Jugendverbänden entstehen, in denen die jungen Auszubildenden einen guten Ausgleich zu ihrer Arbeit finden können. Weitere Unterstützungs- und Beratungsangebote wie zum Beispiel eine Beratung zur Ausbildungsfinanzierung sollen allen Hamburger Auszubildenden zugutekommen.

Die Stärkung der beruflichen Bildung, die Verbesserung der sozialen Lage der Auszubildenden und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses der Hamburger Wirtschaft sind erklärte und wichtige Ziele der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Mit der Schaffung eines Auszubildendenwerkes wird die Attraktivität des Hamburger Ausbildungsmarktes in Zeiten des demografischen Wandels gestärkt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Gründung einer privaten Stiftung „Auszubildendenwerk“ zu befördern, mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in Hamburg zu schaffen und die Auszubildenden mit ergänzenden Angeboten zu unterstützen.
2. zu prüfen, wie die Schaffung eines ersten Auszubildendenwohnheimes in Trägerschaft der Stiftung „Auszubildendenwerk“ insbesondere dadurch unterstützt werden kann, dass ein geeignetes Grundstück seitens der Stadt oder eines städtischen Unternehmens bereitgestellt und als Zustiftung in das Vermögen der Stiftung übertragen wird.
3. zu prüfen, wie ein einmaliger städtischer Beitrag zur Finanzierung des Starts der Stiftung realisiert werden kann. Dabei ist insbesondere zu klären, wie die städtischen Unternehmen, die selbst ausbilden, hierfür einen Beitrag leisten können.
4. gegenüber der Stiftung darauf hinzuwirken, dass für minderjährige Bewohnerinnen und Bewohner des Auszubildendenwohnheims ausreichend pädagogische Begleitangebote zur Verfügung stehen, um bei der Bewältigung von Problemen, die auf dem Weg in die Selbstständigkeit in einer Großstadt wie Hamburg auftreten können, Unterstützung zu finden.
5. Kooperationen der Stiftung mit Jugendverbänden, Sportvereinen und anderen Institutionen zu befördern.
6. die Bürgerschaft zum 31.10.2012 über den Sachstand zu informieren.